

WISSENSCHAFT IN BERLIN – ANMERKUNGEN ZUM ERSTEN NACHKRIEGSJAHRE  
1945/46<sup>1</sup>

Peter Nötzoldt

*Die Nachkriegsbilanz*

Im ersten Nachkriegsjahr wurden für die Berliner Universität und für die Preußische Akademie der Wissenschaften (PAW) wichtige Grundlagen ihrer Neuorientierung gelegt und zugleich über Möglichkeiten der Weiterführung der Berliner Einrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) entschieden. Vorgestellt werden die wichtigsten Personen in den administrativen und den wissenschaftlichen Einrichtungen der Stadt und ihre Aktivitäten, zumindest soweit es der Umfang des Beitrages gestattet. Dabei sollen insbesondere auch die Auswirkungen des großen personellen Verlustes von Wissenschaftspotential vor Kriegsende Beachtung finden.

Versucht man den Verlust von wissenschaftlichem Potential nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für Berlin zu bilanzieren, erweist sich das wegen der außerordentlichen Breite als äußerst schwierig. Ein gutes Spiegelbild für die Veränderungen scheint die PAW zu sein, da sie einen bedeutenden Teil der Berliner Wissenschaftselite vereinigte: Traditionell gehörte die Mehrzahl der führenden Wissenschaftler der Berliner Universität zugleich der PAW an. Auch die Technische Hochschule, die Physikalisch-Technische Reichsanstalt und andere wissenschaftliche Einrichtungen der Stadt waren zeitweise im Plenum der Akademiemitglieder vertreten. Besonders enge personelle Verflechtungen existierten zwischen der KWG und PAW. Im Jahre 1945 waren immerhin 20 Prozent aller Akademiemitglieder mit der KWG verbunden. Bei einer getrennten Betrachtung der beiden Klassen, in denen die Akademiemitglieder zu jener Zeit wirkten, kommt man für die Mathematisch-naturwissenschaftliche sogar auf 35 Prozent aller Klassenmitglieder im Vergleich zu 3 Prozent bei der Philosophisch-historischen Klasse.

Bis zum Kriegsende 1945 hatte ca. drei Viertel jener Wissenschaftselite Berlin verlassen, und weder in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch in den Folgejahren setzte ein deutlicher Rückfluß ein. Vor allem die Mathe-

---

<sup>1</sup> Erweiterte Fassung eines Vortrages vom 19. Juni 1995 bei den „Dahlemer Archivgesprächen“ im Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft. Die Untersuchung wird gefördert aus Mitteln des Stifternverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Der Autor ist z. Zt. dort Stipendiat der Alfred Freiherr von Oppenheim-Stiftung.

matisch-naturwissenschaftliche Klasse war geschwächt, weil das Verlassen des Standortes Berlin durch die KWG insbesondere sie traf. Mit Max Planck, Max von Laue, Werner Heisenberg, Peter Debye, Adolf Butenandt und Otto Hahn hatten allein sechs Nobelpreisträger der Stadt den Rücken gekehrt, und sie standen somit auch für den Neubeginn nicht zur Verfügung.<sup>2</sup> Beim wissenschaftlichen Personal war die Situation nicht besser. Betrachtet man wiederum die in Berlin gegründete KWG, die in der Vorkriegszeit in der Stadt durch zahlreiche und große Institute vertreten war, so entfallen in der Bilanz von Anfang 1946 beim wissenschaftlichen Personal von rund 2000 Mitarbeitern (abzüglich 270 Vermißte) lediglich noch 25 Personen auf die nunmehrige „Viermächtezone“ Berlin, was etwa 1,5 Prozent entspricht. Nicht ganz so kraß scheinen die Verluste an der Universität und an der Technischen Hochschule, jedoch sind sie noch schwerer zu erfassen, da an diesen Einrichtungen der Aderlaß bereits unmittelbar nach 1933 viel intensiver eingesetzt hatte.

Bereits diese wenigen Angaben kennzeichnen einerseits die Größenordnung des wissenschaftlichen Stromes von Berlin in Richtung Westen Deutschlands vor Kriegsende, und sie verdeutlichen ein weiteres Problem: Die überproportionale Verlagerung naturwissenschaftlicher Forschungspotentiale führte zu einem Bruch im gewachsenen Disziplinen- und Institutionengefüge. So entstanden im Nachkriegs-Berlin Lücken und Verwerfungen, die zugleich neue Karriere- und Entwicklungschancen für einzelne Wissenschaftler und ihre jeweiligen Disziplinen, aber auch für wissenschaftliche Institutionen eröffneten.

In der Rückschau entsteht der Eindruck, daß es trotz der großen personellen Verluste und trotz der riesigen materiellen Zerstörungen durch Kriegshandlungen und Verlagerungen zumindest in den großen wissenschaftlichen Einrichtungen Berlins, sofern sie noch existierten, zu keinem Stillstand kam, daß trotz aller Ungewißheit und oft ohne Arbeitserlaubnis der Alliierten und bei geringer Aussicht auf Vergütung weitergearbeitet wurde. Die Bemühungen der „dagebliebenen Wissenschaftler“, höchstens ein Drittel des ehemaligen Berliner Wissenschaftspotentials, sollen im folgenden im Mittelpunkt stehen.

<sup>2</sup> Zu dieser Zeit existierten an der PAW mit der Mathematisch-naturwissenschaftlichen und der Philosophisch-historischen Klasse zwei etwa gleich starke Klassen. Von den 14 direkt mit der KWG verbundenen Wissenschaftlern gehörten 13 der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse an, darunter die sechs Nobelpreisträger. Wegen ihrer NS-Vergangenheit wurden Eugen Fischer, Otmar Freiherr von Verschur, Peter Adolf Thiessen (1945 in die UdSSR, 1956 Wiederaufnahme in die Akademie) und Wilhelm Eitel (1946 in die USA) von der Mitgliederliste der Akademie gestrichen. An der Nachkriegsentwicklung der PAW war nur Hans Stille beteiligt.

An der Universität war es Eduard Spranger, der die wenigen in Berlin gebliebenen Kollegen zur Arbeit rief und an der Spitze eines Diskussionskreises antifaschistischer Wissenschaftler gemeinsam mit weiteren vier der Universität und der TH verbundenen Professoren die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Tätigkeit dieser Einrichtungen beriet und auf den Weg brachte. Diese Tätigkeit begann bereits, bevor der erste Berliner Nachkriegs-Magistrat durch die sowjetische Besatzungsmacht am 19. Mai 1945 eingesetzt wurde. Im Magistrat mußte sich nun die Volksbildungsabteilung an Stelle des zusammengebrochenen Reiches um die Belange der wissenschaftlichen Einrichtungen kümmern; aus administrativer Sicht eine Übergangslösung, aber mit enormem Aufwand, weil alle wissenschaftlichen Einrichtungen sofort um Unterstützung nachsuchten. Es ist somit nicht verwunderlich, daß die an Fachleuten für die Fragen der Wissenschaft arme Magistratsverwaltung die fünf Professoren Eduard Spranger, Theodor Brugsch, Rudolf Meerwardt, Georg Schnadel und Hans-Heinrich Franck nicht nur zur Beratung heranzog, sondern sie zunächst unter der Bezeichnung „Leitender Ausschuß des Amtes für Wissenschaft beim Magistrat der Stadt Berlin (Abteilung Volksbildung)“, auch bekannt als „Fünferausschuß“, mit großer Entscheidungsbefugnis ausstattete.<sup>3</sup>

Der Ausschuß beriet wöchentlich, meist bei Eduard Spranger in Dahlem, Fabekstraße 13. Ständige Gäste waren Mitarbeiter der Volksbildungsabteilung. Aber auch Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht, bis hin zum Leiter der Volksbildungsabteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), Pjotr W. Solotuchin, nahmen an Beratungen teil. Vor allem personelle Entscheidungen standen im Juni und Juli 1945 im Vordergrund der Ausschußberatungen. Wer wieder an der Universität bzw. an den Hochschulen zugelassen werden sollte, entschieden diese fünf Herren. Bereits einen Monat bevor der Magistrat den Ein-

<sup>3</sup> E. Spranger (1882-1963), seit 1920 Professor für Philosophie und Pädagogik an der Berliner Universität, 1945 erster amt. Nachkriegsrektor, 1946 Universität Tübingen, Mitglied der PAW 1924. Theodor Brugsch (1878-1963), 1906-1927 mit Unterbrechung Arzt an der Charité, dann Ordinarius für Innere Medizin Univ. Halle, nach Konflikten mit NS-Regime 1935 Entpflichtung und Privatpraxis in Berlin, 1945 Ordinarius an der Charité Berlin, 1949 Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW). Rudolf Meerwardt (1883-1946), bis 1921 TH, dann Professor für Statistik an der Universität Leipzig, gleichzeitig Mitglied des Internationalen Statistischen Instituts Berlin-Lankwitz. Georg Schnadel (1891-1980), Professor für Statik des Schiffsbaus von 1928-1945 an der TH, amtierender Rektor von Mai-Oktober 1945. Hans-Heinrich Franck (1888-1961), 1927 Professor für Chemie an der TH, 1937 Entzug der Professur, 1945-1948 wieder TH, ab 1949 HUB, Mitglied der DAW 1949.

richtungen am 16. Juli 1945 per Verfügung „die Bereinigung ihres Mitarbeiterstabes auferlegte“, waren im Ausschuß „Fragebogen zur persönlichen Überprüfung der Mitglieder des Lehrkörpers von Universität, Technischer Hochschule und Wirtschaftshochschule“ durchgesprochen und angenommen und nach deren Auswertung dem Magistrat die für den künftigen Unterricht tragfähigen bzw. nicht tragfähigen Professoren vorgeschlagen worden<sup>4</sup>. Für die Betroffenen bedeutete dies entweder die kommissarische Berufung für ein halbes Jahr oder die Streichung aus dem Lehrkörper.

Auch für die außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen interessierte sich der Ausschuß. Wissenschaftliche Mitarbeiter und Bürokräfte der Deutschen Forschungsgemeinschaft sollten künftig für ihn arbeiten. Unter der Bezeichnung „vorläufiger Ausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft“ war die Schaffung eines provisorischen Präsidiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit den Mitgliedern Eduard Spranger, Otto Warburg, Ferdinand Sauerbruch und Andreas Hermes beabsichtigt.<sup>5</sup> Hieran wollte man die KWG angliedern, „besonders wegen ihrer Institute, die für Landwirtschaft und Ernährung wichtig sind“, aber auch um zu verhindern, daß der ohne Mitwirken des Ausschusses oder des Magistrats ins Amt gekommene jetzige Leiter der KWG, Peter Adolf Thiessen, der ehemals dem Reichsforschungsrat angehörte und nun mit der sowjetischen Besatzungsmacht kooperierte, „eigenmächtig über die Verwertung der verschiedenen KGW-Institute verfügt“.<sup>6</sup>

Bevor diese Entwicklung weiter verfolgt wird, soll auf die unmittelbare Nachkriegssituation bei den Berliner Einrichtungen der KWG und bei der PAW eingegangen werden.

### *Die Kaiser-Wilhelm-Institute in Berlin*

Die Führungsspitze der KWG und fast die gesamte Generalverwaltung hatte in den Frühjahrsmonaten 1945 Berlin verlassen, letztere in Richtung

<sup>4</sup> Vgl. Erster Jahresbericht über die Abteilung Wissenschaften einschl. Hochschulen vom 9.4.1946 und Protokolle der Ausschußsitzungen vom 19.6. und 26.6.1945 im: Landesarchiv Berlin (STA), Rep.120, Nr. 3227, 1617 und 1652.

<sup>5</sup> Otto Warburg (1883-1970), Direktor des Instituts für Zellphysiologie der KWG seit 1930, Mitglied der DAW 1946. Ferdinand Sauerbruch (1875-1951), seit 1928 Ordinarius für Chirurgie an der Berliner Universität, von Mai bis Oktober 1945 Stadtrat für Gesundheitswesen, Mitglied der PAW 1937. Andreas Hermes (1878-1964), nach Studium der Landwirtschafts- und Staatswissenschaften Tätigkeit in Ministerien, Reichstagsabgeordneter, nach dem 20. Juni 1944 zum Tode verurteilt, 1945 Mitbegründer und 1. Vorsitzender der CDU in der SBZ, 2. Stellv. des Oberbürgermeisters von Berlin und Stadtrat für Ernährung.

<sup>6</sup> Landesarchiv Berlin (STA), Rep. 120, Nr. 1652.

Göttingen. Die Institute der Gesellschaft, von denen 14 der insgesamt 34 ihren Sitz in Berlin gehabt hatten, waren bis auf Restbestände seit 1944 verlagert worden. Lediglich das Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für physikalische Chemie und Elektrochemie galt als noch nahezu voll arbeitsfähig. Sein Leiter Peter Adolf Thiessen erklärte sich in letzter Minute zur Zusammenarbeit mit einer Widerstandsgruppe bereit.<sup>7</sup> Thiessen erhielt am 12. Mai 1945 vom (Bezirks)bürgermeister von Berlin-Zehlendorf den Auftrag für „die einstweilige Leitung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“.<sup>8</sup> Zunächst wurden von der sowjetischen Siegermacht die Restbestände der KWI vor dem Eintreffen der Westalliierten umfassend demontiert. Augenzeugen berichten von einer fast vollständigen Demontage in allen Instituten, z.B. im KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie zwei Elektronenmikroskope, die komplette Hochspannungs- und Röntgenanlage, die Luftverflüssigungsanlage von Linde, 14 Mechanikerbänke usw.<sup>9</sup> Mehrere Wissenschaftler erhielten sogenannte Einladungen der sowjetischen Stellen für eine wissenschaftliche Tätigkeit in der UdSSR. Einige nahmen diese an, da sie durch die Demontage ohnehin ihrer Arbeitsmöglichkeiten beraubt waren. Auch Thiessen kündigte Anfang Juni diesen Schritt an. Als seinen Nachfolger schlug er den Mediziner Ferdinand Sauerbruch vor, der ablehnte. Max Volmer wurde ebenfalls ins Gespräch gebracht, er ging jedoch auch in die Sowjetunion.

Trotz Demontage und Personalverlust gaben die Dagebliebenen – zunächst noch unter Thiessen – nicht auf. Demontageschäden konnten behoben werden, weil man sich Arbeitsaufträge „chemisch-technischer Art“ von der sowjetischen Besatzungsmacht besorgte. Das war gleichbedeutend mit der Arbeiterlaubnis und garantierte den bevorzugten Erwerb von Arbeitsmitteln. Hinzu kam eine Verbesserung der personellen Situation, nachdem sich die sowjetische Besatzungsmacht vereinbarungsgemäß aus Dahlem zurückgezogen hatte. Weit weniger Wissenschaftler waren nun bereit, in die Sowjetunion zu gehen. Auch die materielle Situation verbesserte sich, weil „zurückgebliebene Wissenschaftler sehr viel Forschungsmittel bei ihrem persönlichen Gepäck hatten“.<sup>10</sup> Sondierungsgespräche

<sup>7</sup> Vgl. Bericht von Dr. Alfred Wende vom 15.9.1947. Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (AAW), Bestand Akademieleitung, Nr.405.

<sup>8</sup> Archiv zur Geschichte der MPG, II. Abt., Rep. 1A, Az. I A 9 / 1, Bl.25.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu Manfred Heinemann. Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft (1945-1949). In: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Stuttgart 1990, S.407-470.

<sup>10</sup> Vgl. Bericht von Dr. Alfred Wende vom 15.9.1947.AAW, Bestand Akademieleitung, Nr.405.

über mögliche Aufgaben der KWI gab es nicht nur mit verschiedenen sowjetischen Dienststellen, sondern auch mit der Magistratsverwaltung ab Anfang Juni. Dabei entstand insgesamt der Eindruck, daß die baldige Arbeitsaufnahme für möglich gehalten wurde „unter der Voraussetzung, daß sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entschließt, sich den zur Zeit dringenden Lebensbedürfnissen zur Verfügung zu stellen“. Wissenschaftliche Aufgaben auf den Gebieten Gesundheitswesen, Ernährung, Energieversorgung und Bauwesen hielt man in dieser Notzeit für „keine grundsätzliche Entfremdung von den ursprünglichen Zielen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“. Zur Entscheidung dieser Fragen sei es notwendig, daß „möglichst bald wieder eine kollegiale Instanz entstände, die dem Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft etwa entspräche.“ Für das Gremium empfahl Thiessen die „Herren Dr. Hermes, Winzer, Prof. Sauerbruch und Dr. Landwehr“ sowie „für die Universität Prof. Spranger, für die techn. Hochschule Prof. G. Hertz“.<sup>11</sup> Die vorgeschlagene Zusammensetzung des „Senats“ berücksichtigte die aktuellen Machtverhältnisse prägnant. Andreas Hermes, Otto Winzer, Ferdinand Sauerbruch und Hermann Landwehr waren allesamt Stadträte des Magistrats. Die Reaktion der Wissenschaftler des Fünferausschusses war der bereits erwähnte Gegenvorschlag, ein übergeordnetes Gremium bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft ins Leben zu rufen, dessen Zusammensetzung eine größere Autonomie der Wissenschaft erwarten ließ.

### *Die Preußische Akademie der Wissenschaften*

Auch die PAW wartete nicht auf Entscheidungen der neuen Behörden, sondern leitete alle Maßnahmen, die sie für ihren weiteren Fortbestand für notwendig erachtete, unverzüglich selbst ein. Vor allem der 1939 in das neugeschaffene Amt des Akademiedirektors berufene Helmut Scheel, der zumindest als Sympathisant des NS-Regimes galt und mit Schwierigkeiten rechnen mußte, ließ keinen Stillstand an der PAW zu. Im Hauptgebäude der PAW, im rechten Flügel der Staatsbibliothek, Unter den Linden, in den letzten Kriegstagen ausharrend, hatte er unverzüglich nach Kriegsende den sowjetischen Kommandanten des Bezirkes Berlin-Mitte um Un-

<sup>11</sup> Archiv der MPG, II. Abt., Rep. IA, Az. I A 9 / 1, Bl.25f Otto Winzer (1902-1975), 1945-1946 Stadtrat für Volksbildung, Hermann Landwehr (1884-1955), 1945-1949 Stadtrat für Wirtschaft, Gustav Hertz (1887-1975), 1925 Physik-Nobelpreis, 1927 Direktor des Physikalischen Instituts der TH, 1935 aus politischen Gründen Rücktritt vom Ordinariat, danach Leitung des Siemens-Forschungslaboratoriums in Berlin. Andere Personen vgl. Fußnoten 3 und 5.

terstützung ersucht. Als der Magistrat gerade eine Woche im Amt war, informierte er den Oberbürgermeister der Stadt über die Situation an der PAW und bat, „die Betreuung der Akademie von seiten der Stadtverwaltung zu übernehmen, bis wieder eine ordnungsgemäß zuständige Zentralverwaltung gegründet ist“.<sup>12</sup> Schließlich trafen sich bereits am 6. Juni 1945 zwölf Mitglieder der PAW zur ersten Nachkriegssitzung des Plenums und beauftragten Johannes Stroux mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Akademiepräsidenten, an Stelle von Hermann Grapow.<sup>13</sup>

In wöchentlichen Akademiesitzungen und in Abstimmung mit der Volksbildungsabteilung des Magistrats wurde in den nächsten drei Wochen die neue Satzung und der Haushaltsentwurf beraten und beschlossen und ein neues Präsidium gewählt. Ihm gehörten an: Johannes Stroux als Präsident und die Sekretare der Klassen, Ludwig Diels für die Mathematisch-naturwissenschaftliche und Fritz Hartung für die Philosophisch-historische.<sup>14</sup> Die Frage der deutschen Administration, „ob die Akademie überhaupt noch bestehe und nicht vielmehr neu gegründet werden müsse“, hatte Stroux damit zurückgewiesen, „daß die Russische Regierung im Jahre 1917 an der alten zaristischen Akademie keinerlei Änderungen vorgenommen habe“ und er für die hiesige Einrichtung auch „weitestgehend Autonomie“ erwarte.<sup>15</sup> Die Vortragstätigkeit begann schon im Juli wieder und eine offenbar weitgehend autonome Selbstentnazifizierung setzte ein. Ende Juli 1945 trennte sich die Akademie von acht Mitgliedern, bei denen „an der Mitgliedschaft zur NSDAP und der politischen Haltung kein Zweifel bestehen konnte. ... Die anderen Fälle bedürfen der weiteren Prüfung.“<sup>16</sup>

Hervorzuheben ist nochmals: Es gab an den bedeutenden Berliner wissenschaftlichen Einrichtungen bei Kriegsende keinen Stillstand. Jeweils kleine Wissenschaftlergruppen mühten sich sofort um den Erhalt ihrer Einrichtungen und schufen von sich aus Bedingungen für einen möglichen Neuanfang. Erwähnt wurden aber nur Initiativen von Wissenschaftlern,

<sup>12</sup> Bundesarchiv Abteilungen Potsdam (BAAP), R-2 1388, Bl.59.

<sup>13</sup> Hermann Grapow hatte als Vizepräsident seit dem Rücktritt Theodor Vahlens 1943 zugleich als Präsident der PAW amtiert. Eduard Spranger, der 1945 zuerst das Amt des Präsidenten übernehmen sollte, lehnte ab, da er eine Ämterhäufung für nicht gut hielt.

<sup>14</sup> Siehe: BA Potsdam, R-2 1388, Bl.45 und AAW, P 1/0, Bl.8.

<sup>15</sup> AAW, Bestand Akademieleitung, Nr.660, Bl.17.

<sup>16</sup> Ausgeschlossen wurden zunächst Theodor Vahlen und Friedrich Stieve, die bereits verstorben waren, sowie Ludwig Bieberbach, Konrad Meyer, Peter Adolf Thiessen (1956 wieder aufgenommen), Carl August Emge, Franz Koch und Theodor Mayer. Weitere sieben Mitglieder strich man in der Folgezeit von der Mitgliederliste: Eugen Fischer, Ernest Anton Kraft, Friedrich Seewald, Abraham Esau, Otmar Frhr. von Verschuer, Wilhelm Eitel und Ernst Gamillscheg. Vgl. auch BAAP, R-2 1388, Bl.7.

die sich an die Spitze ihrer Einrichtungen stellten. Daneben existierten auf allen weiteren Ebenen vielfältige Bemühungen, die aufzuführen den Umfang der Ausführungen sprengen würden, deren man sich aber bewußt sein muß.

### *Die neue Administration*

Berührungängste zur sowjetischen Besatzungsmacht und den eingesetzten deutschen Behörden sind nicht feststellbar – im Gegenteil, man wurde sofort vorstellig. Schon die ungeklärte finanzielle Lage der Einrichtung ließ gar keine andere Wahl. Die deutsche Verwaltung konnte zunächst mit den Problemen der Wissenschaftler wenig anfangen. Im Magistrat hatte man sich bisher, wie oben erwähnt, mit solchen Fragen nicht beschäftigen müssen. Hinzu kam, daß „Wissenschaft“ dem Ressort Volksbildung angegliedert wurde, eines der wenigen, das die aus Moskau zurückgekehrte Führungsspitze der KPD unbedingt beanspruchte und entsprechend zu besetzen versuchte.<sup>17</sup> Aber Fachleute für Fragen der Wissenschaft gab es in den Reihen der KPD kaum, und wie wir heute wissen, war auch im Moskauer Exil hierfür keine konzeptionelle Vorarbeit geleistet worden.<sup>18</sup>

Die sich aus diesen Umständen ergebende relativ große Autonomie bei wissenschaftsorganisatorischen Fragen für die Wissenschaftler an den jeweiligen Einrichtungen in der unmittelbaren Nachkriegsphase änderte sich in der Folgezeit erstens in dem Umfang, wie Grabenkämpfe in den Reihen der handelnden Wissenschaftler deren Handlungsfähigkeit schwächte, und zweitens änderte sich diese Autonomie auch in dem Maße, wie es der sowjetischen Besatzungsmacht und den nachgeordneten

deutschen Instanzen gelang, die wenigen Wissenschaftler mit KPD-Partei-buch in entscheidende Positionen zu bringen. Auf die Grabenkämpfe, teils um sehr prinzipielle Fragen, z.B. über den künftigen Universitätstyp, über den Interessenausgleich von KWG und PAW oder über Standortfragen im Zusammenhang mit den Einflußmöglichkeiten der verschiedenen Besatzungsmächte wird noch eingegangen werden. Jene Grabenkämpfe sehr privater Natur, bei denen z. B. alte Rechnungen beglichen wurden oder Eitelkeiten eine Rolle spielten, sollen keine Beachtung finden.

Wer waren die wichtigsten Partner der Wissenschaftler in der neuen Administration, die im Auftrag der KPD handelten? Die Volksbildungsabteilung des Magistrats leitete Otto Winzer, seit 1922 hauptsächlich in Parteifunktionen tätig, mit der Initiativgruppe der KPD für Berlin unter Leitung von Walter Ulbricht am 30.4.1945 aus Moskau gekommen und später Außenminister der DDR. Sein wichtigster Mann für die Wissenschaft wurde ab Mitte Juni 1945 der promovierte Mathematiker Josef Naas, der wegen seiner Mitgliedschaft in einer Widerstandsgruppe von 1942 bis Kriegsende im KZ Mauthausen eingekerkert und direkt von dort nach Berlin gekommen war. Bereits Ende Juli 1945 änderten sich die Strukturen. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland setzte per Befehl vom 27. Juli 1945 „Deutsche Zentralverwaltungen“ ein. Anders als der Berliner Magistrat unterstanden sie nur einer Besatzungsmacht. Zum Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) berief die SMAD einen engen Mitarbeiter Wilhelm Piecks aus der Moskauer Zeit, den späteren ersten Volksbildungsminister der DDR Paul Wandel. Offiziell leitete die Abteilung Wissenschaft und Forschung der parteilose Mediziner Theodor Brugsch, zugleich Vizepräsident der DZVV. Wichtigster Mann für Wandel auf diesem Gebiet wurde aber der in St. Petersburg geborene und bis Kriegsende bei Osram tätige, promovierte Physiker Robert Rompe, der nach dem Krieg zunächst als wissenschaftlicher Berater für die sowjetische Besatzungsmacht gearbeitet hatte. Weitere Unterstützung erhielt Wandel als Josef Naas im September 1945 in die DZVV wechselte. Die Stellung im KWI für Physikalische Chemie hielt Dr. Alfred Wende, die rechte Hand und zugleich „linke Versicherungspolice“ von Peter Adolf Thiessen. Den habilitierten Physikochemiker Robert Havemann berief Winzer Anfang Juli zum vorläufigen Leiter der KWG. Erst Anfang 1946 kamen aus dem Exil weitere mit der KPD verbundene Wissenschaftler hinzu, darunter Geisteswissenschaftler wie Alfred Meusel und Wolfgang Steinitz.

Im ersten Nachkriegsjahr agierten in oder für die Administration aber hauptsächlich jene vier Naturwissenschaftler. Während der NS-Zeit in

<sup>17</sup> Vgl. W. Leonhard. *Die Revolution entläßt ihre Kinder*. Leipzig 1990, S.385 und Otto Winzer. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD vom 28.9.1945. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv - Zentrales Parteiarchiv (SAPMO-BArch, ZPA), I 2/5/40, Bl.46.

<sup>18</sup> In Moskau hatte die KPD auf Beschluß ihres Politbüros vom 6.2.1944 acht Arbeitskommissionen gebildet, die sich mit der künftigen Arbeit in Deutschland beschäftigten. Für „Die Aufgaben zur ideologischen Umerziehung des deutschen Volkes“ und „Die Rolle der Intelligenz im neuen Deutschland“ waren mit Erich Weinert und Alfred Kurella zwei Schriftsteller verantwortlich. Diskutiert wurden die Fragen von einer Gesamtkommission, die im wesentlichen aus 20 Berufspolitikern und Literaten bestand. Entsprechend allgemein blieben nach Paul Wandel auch die Vorstellungen zur Wissenschaft: „Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.“ Die konzeptionelle Arbeit zur künftigen Wissenschaftspolitik wurde nach übereinstimmenden Mitteilungen von Paul Wandel und Robert Rompe an den Verfasser erst hier in Deutschland geleistet. Vgl. Ein erfülltes Programm. Zum 40. Jahrestag des Aufrufes der KPD vom 11.6.1945, Berlin 1985, S.207 und SAPMO-BArch, ZPA, NL A. Ackermann 109/55, Bl.300.

Deutschland geblieben, hatten sie erlebt, daß „wissenschaftliche Forschung im Kriege unmöglich Scheinendes möglich machen kann“<sup>19</sup>, wie Robert Havemann es ausdrückte. Völlig analog ließen sich auch die anderen drei Wissenschaftler zitieren. Diese Erfahrung versuchten sie nun für den Wiederaufbau nutzbar zu machen – natürlich entsprechend ihren politischen aber auch ihren Karrierezielen. Zunächst galt es, wie Parteiprotokolle zeigen, Widerstand gegen Wissenschaft und Wissenschaftler in der KPD überhaupt abzubauen.<sup>20</sup> Ferner versuchten sie vorrangig Einfluß auf die Neugestaltung der Universität zu gewinnen, und Lösungen für wissenschaftliche Institute, insbesondere für die in Berlin verbliebenen Teile von KWI, vorzubereiten.

Akzeptanzprobleme bei den „bürgerlichen Wissenschaftlern“ gab es keine, denn erstens entstammten jene vier Wissenschaftler selbst gutbürgerlichen Kreisen, und zweitens besaßen alle den Bonus, im Widerstand gegen das NS-Regime etwas riskiert zu haben. Josef Naas hatte, wie erwähnt, das KZ Mauthausen überlebt, Robert Havemann die Todeszelle im Zuchthaus Brandenburg; und von den anderen beiden war bekannt, daß sie an illegaler Arbeit, u. a. am Schutz jüdischer Wissenschaftler, beteiligt waren. Ohne Probleme wurden Josef Naas und Robert Havemann am 10. Juli 1945 in den „Fünferausschuß“ aufgenommen. Bereits eine Woche zuvor akzeptierten die Ausschußmitglieder, daß Robert Havemann zum vorläufigen Leiter der KWG berufen werden soll, was dann per Schreiben vom 5. Juli auch erfolgte. Dies geschah, obwohl der Ausschuß bereits vorher Friedrich Glum, von 1920 bis 1937 Generalsekretar der KWG, „in die geschäftsführende Leitung der KWG, der landwirtschaftlichen und naturwissenschaftlichen Institute und der ehemaligen Reichsanstalten zu deren vorläufiger Betreuung berufen“ hatte.<sup>21</sup> Auch die ebenfalls bereits beschlossene Gründung des oben erwähnten „vorläufigen Ausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft“ erfolgte nicht. Damit wurden Anfang Juli 1945 bereits die Grenzen für dieses Wissenschaftlergremium deutlich. Die Magistratsverwaltung schränkte die Befugnisse auf die Lehranstalten ein, und der Leiter der Volksbildungsabteilung hatte dies auch angekündigt, indem er auf der Sitzung am 26. Juni mitteilen ließ, daß er sich „alle Beschlüsse vorbehält, die die Forschungsinstitute, wissen-

schaftlichen Vereinigungen und desgl. betreffen“.<sup>22</sup> Wahrscheinlich war man im Ausschuß gar nicht so unglücklich, von jener Verantwortung entbunden zu sein. Zumindest gab es keinerlei Protest. Außerdem sanktionierte man die Entscheidung gegen Friedrich Glum nachträglich, indem Eduard Spranger nun plötzlich Friedrich Glum Sympathie für das NS-Regime vorwarf, ein Untersuchungsausschuß sehr zögerlich untersuchte und ausgerechnet Glums Konkurrent Havemann im Ausschuß eine wohl entscheidende Stellungnahme abgeben konnte.<sup>23</sup>

### *Die Berliner Universität bis zur Wiedereröffnung*

Auch im nun eingeschränkten Zuständigkeitsbereich des Ausschusses auf die Universität und die Hochschulen waren die Meinungsverschiedenheiten vor allem zwischen Eduard Spranger und Theodor Brugsch sehr groß. Spranger wollte größtmögliche Autonomie für die Universität und glaubte, dies durch den Rückgriff auf die Universität der Weimarer Zeit verwirklichen zu können. Im sowjetischen Einflußbereich, wo ihm die SMAD mißtraute<sup>24</sup>, hielt er seine Vorstellungen für kaum realisierbar. Es entstand der Eindruck, er wolle die ohnehin schwer zerstörte Universität vom Zentrum nach Dahlem oder zum Olympiagelände verlagern. Um die Universität im Ostteil der Stadt zu behalten, wurden das Schloß Berlin-Köpenick und ehemalige Militäreinrichtungen in Berlin-Adlershof als Ausweichsitz ins Gespräch gebracht. Außerdem berief der Präsident der DZVV den Hauptkonkurrenten von Eduard Spranger im Ausschuß, Theodor Brugsch, zum Vizepräsidenten der Zentralverwaltung und zum Leiter der Abteilung Wissenschaften. Theodor Brugsch, nicht frei von Eitelkeit

<sup>22</sup> Mitteilung von J. Naas im Auftrag von O. Winzer an den Ausschuß am 26.6.1945. Landesarchiv Berlin (STA), Rep.120, Nr.1652, Bl.91.

<sup>23</sup> Der Ausschuß beschloß 17.7.1945, „Herrn Glum die Lehrbefugnis nicht zu erneuern auf Grund der Ausführungen des Herrn Spranger. Herr Glum hatte 1933/34 Vorlesungen über den Nationalsozialismus bzw. seine Grundlagen gehalten, woraus der Schluß gezogen worden war, Herr Glum sei für den Nationalsozialismus eingetreten“ Am 14.8.1945 wurde der Vorgang abgeschlossen. R. Havemann äußerte die „Überzeugung, daß Prof. Glum versucht habe, seinen Schülern durch diese Vorlesung den Nationalsozialismus nahezubringen“. E. Spranger übernimmt die Benachrichtigung von F. Glum. Landesarchiv Berlin (STA), Rep.120, Nr.1652, Bl.51ff. Vgl. auch: Helmuth Albrecht und Armin Hermann. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933-1945). In: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Stuttgart 1990, S.257ff.

<sup>24</sup> Charakteristik von E. Spranger in den Dokumenten der SMAD: „reaktionäre philosophische Weltanschauung vereint mit ebenso reaktionären politischen Auffassungen“. Zitiert nach A. P. Nikitin. Die sowjetische Militäradministration und die Sowjetisierung des Bildungswesens in Ostdeutschland 1945-1949. In: Bildung und Erziehung. 45. Jg. Heft 4 / Dezember 1992, S.409.

<sup>19</sup> Nachlaß Robert Havemann. Im: Havemann-Archiv Berlin, Nr.1.1.2. 1945.

<sup>20</sup> Vor allen Anton Ackermann und Paul Wandel weisen immer wieder auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Intellektuellen hin. Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, Protokolle der Sitzungen des ZK der KPD, I 2/5/40, Bl. 90 und 176.

<sup>21</sup> Landesarchiv Berlin (STA), Rep.120, Nr.1652, Bl.90f.

und nun selbst Bestandteil der neuen Macht, erwies sich fernerhin als unkompliziert und kooperativ. Er kümmerte sich vorrangig um die Medizin, andere Gebiete überließ er seinem Stellvertreter Robert Rompe und Wandels persönlichem Mitarbeiter Josef Naas nach dessen Eintritt in die DZVV im September 1945.<sup>25</sup> Eduard Spranger gab auf und legte am 28. August 1945 den Vorsitz im Ausschuß nieder. „Die Ursache war ein Konflikt mit Herrn Brugsch und seiner Gruppe. Herr Brugsch arbeitet an der Organisation eines anderen Universitätstypus als wir ihn bisher in Deutschland gekannt haben“, schrieb er wenig später an Ferdinand Sauerbruch.<sup>26</sup> Brugsch bemerkte: „Im Stillen hat sich zwischen Prof. Spranger und mir ein Kampf abgespielt, dieser wollte nämlich immer versuchen, die Universität aus der sowjetischen (gemeint ist Zone bzw. Sektor P.N.) in die englische oder amerikanische zu bekommen, daran ist er allerdings gescheitert. Prof. Schnadel hatte dieselbe Absicht.“<sup>27</sup> Als Theodor Brugsch dies am 15. Oktober 1945 im Ausschuß ausführte, war Eduard Spranger auch als kommissarischer Rektor der Universität entmachtet worden. Hier schied er jedoch nicht auf eigenen Wunsch aus, sondern er wurde abberufen und durch den Akademiepräsidenten Johannes Stroux ersetzt. Ein noch im Oktober verkündeter Beschluß zum Wiederaufbau des Hauptgebäudes der Universität beendete den Ortsstreit.

Der „Leitende Ausschuß“ existierte noch bis Ende 1945. Seine Bedeutung sank zunehmend, da die DZVV seine Aufgaben übernahm. Diese wiederum mußte zunächst um ihren Einfluß kämpfen, da die Verantwortung für die Universitäten und Hochschulen bei den Ländern bzw. in Berlin beim Magistrat lag. Wie die Verhandlungen zwischen dem Oberbürgermeister der Stadt und der DZVV ab Mitte Oktober 1945 zeigen, war vor allem die finanzielle Entlastung ausschlaggebend für eine schnelle Einigung in Berlin.<sup>28</sup> Nicht unerheblich dürfte gewesen sein, daß die sowjetischen Behörden auch für die Berliner Universität den Übergang zur DZVV wünschten, wie Otto Winzer dem Präsidenten der DZVV mitteilte.<sup>29</sup> Die vorgesehene Unterstellung der Berliner Universität und ihre für den Jahresbeginn 1946 geplante Wiedereröffnung war spätestens ab Mitte Oktober 1945 bekannt. Im Ausschuß gab es sogar eine Kontroverse

<sup>25</sup> Einschätzung nach übereinstimmenden Mitteilungen von Paul Wandel und Robert Rompe an den Verfasser. Vgl. auch Biographie. Teodor Brugsch. Arzt seit fünf Jahrzehnten, Berlin 1978.

<sup>26</sup> Archiv der Humboldt-Universität Berlin, Akte Nr.78, Bl.13f. Vgl. auch Inge Nickel, Zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin. Dissertation B, Berlin 1983.

<sup>27</sup> Landesarchiv Berlin (STA), Rep.120, Nr.1652, Bl.13ff.

<sup>28</sup> Beratungen begannen am 16.10.1945. Vgl. BAAP, R-2 1307, Bl.69-82a.

<sup>29</sup> O. Winzer an P. Wandel am 21.9.1945. BAAP, R-2 1307, Bl.27.

über die „Ungleichbehandlung der TH“, die auf ihre Wiedereröffnung noch bis April 1946 warten mußte.<sup>30</sup> Erstmals gelang es der DZVV, eine Universität aus dem Verantwortungsbereich der Länder herauszulösen und im Sonderfalle Berlin sogar der Viermächtezuständigkeit zu entziehen. Der Protest der Westalliierten war deutlich, aber erfolglos. Im Januar 1946 nahm die Berliner Universität offiziell ihre Tätigkeit in sieben Fakultäten wieder auf. Der Andrang war groß – etwa 4000 Personen, darunter ein Drittel „Altstudenten“, hatten sich um die Zulassung bemüht und etwa 3000 (4,9 Prozent KPD, 5,3 Prozent SPD) konnten studieren. Für den Lehrkörper waren anfangs 100, Ende März 120 Professoren zugelassen worden.<sup>31</sup> Der Mangel an Lehrkräften blieb groß, so daß z. B. bei den Naturwissenschaften Max von Laue, der sich in Westfalen aufhielt, im Februar 1946 gebeten wurde, Physiker die eine Anstellung suchten, zu veranlassen, nach Berlin zu kommen. „Den Nicht-Pg's kann sofort geholfen werden“, aber auch den anderen verspricht man im geeigneten Moment Hilfe.<sup>32</sup>

#### *Was wird mit den Restbeständen der Kaiser-Wilhelm-Institute?*

Nicht Friedrich Glum<sup>33</sup> für die gesamten wissenschaftlichen Institute Berlins, sondern Robert Havemann für den wichtigen Teil der Restbestände der KWI wurde vom Magistrat als vorläufiger Leiter bestellt. Er trat sein Amt am 5. Juli 1945 an, einen Tag nach Einzug der amerikanischen Besatzungstruppen in Berlin. Konnte Friedrich Glum trotz seiner Feindschaft mit seinem Nachfolger als Generalsekretar der KWG, Ernst Telschow, auf Akzeptanz bei einem nicht unbedeutenden Teil der KWG-Wissenschaftler hoffen, war Havemann nicht nur ein weitestgehend unbekannter Mann, sondern durch die Art, wie er ins Amt gekommen war und

<sup>30</sup> Landesarchiv Berlin (STA), Rep.120, Nr.1652, Bl.16f.

<sup>31</sup> Zahlenangaben aus: Humboldt-Universität zu Berlin. Überblick 1810-1985, Berlin 1985, S.98f. Die Abteilung Wissenschaften einschl. Hochschulen des Magistrats gibt im Jahresbericht vom 9.4.1946 insgesamt 7800 Bewerber bei 250 Zulassungen für die Universität und 2600 Bewerber bei 1600 Zulassungen für die TH an. Vgl. Landesarchiv Berlin (STA), Rep.120, Nr.3227, Bl. 98.

<sup>32</sup> Friedrich Möglich am 5.2.1946 an Max von Laue, NL F. Möglich, beim Sohn Michael Möglich, Berlin-Niederschönhausen.

<sup>33</sup> Vgl. zum Wirken von F. Glum und zur Konkurrenz mit E. Telschow und R. Havemann auch: Helmut Albrecht und Armin Hermann. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933-1945). Kapitel Friedrich Glum. In: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Stuttgart 1990, S.251-266.

wie er sich dort einführte, auf breiteste Ablehnung gestoßen<sup>34</sup> und dies nicht grundlos, wie seine Ausführungen vom 27. August 1945 erahnen lassen. „Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist die umfassendste Organisation deutscher Wissenschaftler und naturwissenschaftlicher Forschungsinstitute Deutschlands. Die politische Bedeutung der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft muss in zweifacher Hinsicht betrachtet werden.

1. Welche Möglichkeiten bieten sich uns durch einen eigenen massgebenden Einfluß in der Gesellschaft?
2. In welchem Masse kann die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft unseren Gegnern dienlich sein?

Die grosse politische Bedeutung hinsichtlich des ersten Punktes ist dadurch gegeben, dass die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft sich über das Gesamtgebiet Deutschlands erstreckt und eine direkte Erfassung der maßgebendsten Wissenschaftler Deutschlands ermöglicht ohne Rücksicht auf deren jetzige und zukünftige politische Orientierung. Die politische Bearbeitung der deutschen bürgerlichen Intelligenz, die nur mit einer Perspektive von Jahren Erfolgsaussichten bietet, wäre im Rahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in grossem Umfange möglich. Ausserdem ist durch einen massgeblichen Einfluss in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine wirksame Kontrolle der Unternehmungen in den Forschungsinstituten des übrigen Deutschlands, auch ausserhalb der Kaiser-Wilhelm-Institute möglich.“ Um die Berliner Stellung zu stärken, schlug Havemann vor, „in großzügiger Weise Forschungsmöglichkeiten“ zu bieten, um „möglichst viele namhafte Wissenschaftler und Direktoren ... wieder nach Berlin zu bringen.“ Den Amerikanern bescheinigt er, daß sie „an einem Wiederaufleben eines wissenschaftlichen Lebens in Deutschland völlig desinteressiert sind“ warnt aber, daß es „sich ändern wird, wenn unsere politische Arbeit in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft einen allzu offenen Charakter annehmen würde. Entscheidend für unsere zukünftigen Möglichkeiten der politischen Arbeit ist also zunächst die Wiederherstellung eines normalen

<sup>34</sup> Zehn führende Wissenschaftler der Dahlemer Institute protestierten bereits am 7. Juli 1945 gegen Ernennung R. Havemanns, die sie für nicht satzungsgemäß hielten. Am gleichen Tag beurlaubte R. Havemann zwei Mitarbeiter der ehemaligen Generalverwaltung, die in Berlin geblieben waren. Die nach Göttingen verlagerte Generalverwaltung ignorierte er vollständig und versuchte zu deren Entsetzen Zugriff auf die Bankkonten der KWG zu erlangen. Ausführliche Darstellung der Vorgänge in: Manfred Heinemann. Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft (1945-1949). In: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Stuttgart 1990, S.407-470 sowie in: Dieter Hoffmann. Physikochemiker und Stalinist. In: Robert Havemann, Dokumente eines Lebens, Berlin 1991, S.64ff.

Forschungsbetriebes in möglichst vielen Instituten und die Durchsetzung aller Institute, auch außerhalb der sowjetischen Zone, mit unseren Leuten.“<sup>35</sup>

Der Kampf zwischen der „Nebenregierung in Göttingen“ und der „Gegen-Regierung Havemann“, wie man sich gegenseitig betitelte, kann hier nicht ausführlich behandelt werden.<sup>36</sup> Die wichtigste Auswirkung für Berlin war wohl, daß die Führungsspitze der KWG, die sich nach und nach in Göttingen zusammenfand, zu keiner Zeit eine Rückverlagerung von KWI oder der Generalverwaltung nach Dahlem auch nur in Erwägung zog. In der DZVV verfolgte man die Entwicklung sorgfältig. Über die Vorgänge in Dahlem war man ohnehin informiert. Aber auch von den Geschehnissen in Göttingen konnte man sich durch Berichte von Wissenschaftlern, insbesondere durch die des Senators der KWG, Hans Stille, ein Bild machen.<sup>37</sup> Anfang 1946 wurde immer deutlicher, daß eine Stärkung der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute unter Havemanns Gesamtleitung nicht zu erwarten war. Trotz großzügiger Angebote konnten oder wollten keine Spitzenwissenschaftler nach Berlin kommen. Die Verlagerung von Dahlemer Forschungseinrichtungen in den Ostsektor scheiterte mehrfach. Jenen Naturwissenschaftlern in der Administration, die auf eine direkte Nachfolgeeinrichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit naturwissenschaftlichem Profil im sowjetischen Einflußgebiet gehofft hatten, wurde nach Robert Rompe immer klarer, daß für eine solche Institution der „Umweg über die Akademie“ gegangen werden muß.<sup>38</sup> Trotzdem gab es einen weiteren Versuch, die Berliner Naturwissenschaften nicht von der Gesamtentwicklung der KWG abzukoppeln. Friedrich Möglich, Professor an der Universität, aber vor der Universitätseröffnung auch Mitarbeiter und nun „Konsultativreferent“ der DZVV, bat im Februar 1946 seinen Lehrer Max von Laue eine einseitige Aktion in Göttingen zu verhindern und mit der Berufung eines neuen KWG-Präsidenten „keine schlafenden Hunde zu wecken“, insbesondere wohl keine Gegenreaktion der SMAD zu provozieren. Auch von Robert Havemann distanzierte man sich nun

<sup>35</sup> Obwohl R. Havemann offiziell erst 1950 in die SED eintrat, kann man auch auf Grund dieser Ausführungen der Mitteilung von R. Rompe an den Verfasser glauben schenken, daß R. Havemann bereits der KPD angehörte.

Kursive Teile sind Unterstreichungen vom Empfänger bei der Magistratsverwaltung, J. Naas. BAAP, R-2 1428, Bl.19-22; Vgl. hierzu Kristie Macrakis: Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany. New York 1993, S. 189f.

<sup>36</sup> Archiv zur Geschichte der MPG, II. Abt./MPG I A9, Bl.90 und 160-62.

<sup>37</sup> Vgl. BAAP, R-2 1428, Bl.36ff.

<sup>38</sup> Mitteilung von R. Rompe an den Verfasser vom September 1992.

vorsichtig, da mit ihm die „Leitung der KWG ... nicht in der Hand eines wirklich repräsentativen Mannes“ sei. Otto Hahn und Max von Laue werden als „die einzig möglichen Präsidenten der Kaiser Wilh.-Gesellschaft“ bezeichnet. Die Akademie wurde als Zwischenlösung für die Institutsbetreuung in Aussicht gestellt.<sup>39</sup>

Die Entwicklung in Göttingen verlief anders und nur wenige Tage nach der Amtseinführung von Otto Hahn am 1. April 1946 wurden auch in Ostberlin die Weichen gestellt. Am 12. April sollte auf höchster Ebene über die „Zukunft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ beraten werden. Eingeladen waren die Präsidenten von sechs Zentralverwaltungen und der Oberbürgermeister von Berlin, beteiligt auch Vertreter der SMAD. Ausdrücklich wurde Robert Havemann „zu dieser internen Besprechung nicht geladen“.<sup>40</sup> Die im sowjetischen Machtbereich gelegenen KWI sollten nun der Akademie unterstellt werden.<sup>41</sup> Für die Dahlemer KWI konnten keine Entscheidungen getroffen werden. Es lag ein Befehl der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin vom 15. März 1946 vor, wonach für das gesamte Rechnungsjahr 1946 kein Etat zur Verfügung gestellt werden sollte. Dem folgte die Kündigung der Belegschaft zum 31.5.1946, die trotzdem von Juni bis September 1946 ohne Gehalt weiterarbeitete. Erst der im August 1945 eintreffende neue Vertreter der amerikanischen Militärregierung, Fritz Karsen<sup>42</sup>, bemühte sich energisch um den Erhalt der Institute.

#### *Von der Preußischen Akademie der Wissenschaften zur Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Akademie traf die ihrer Einrichtung zugedachte Aufgabenstellung, KWI und andere verwaiste Forschungseinrichtungen zu übernehmen, nicht überraschend. Sie bemühten sich seit dem Neubeginn im Sommer 1945, die PAW wieder aus jener Randstellung im deutschen Wissenschaftsgefüge herauszumanövrieren, in das sie seit der Gründung der KWG immer mehr geraten war. Zudem gehörten sie zu jener Gruppe von Akademiemitgliedern, die vom Aufschwung anderer Forschungseinrichtungen, insbesondere der KWG, nicht

<sup>39</sup> Friedrich Möglich am 5.2.1946 an Max von Laue, NL F. Möglich, beim Sohn Michael Möglich, Berlin-Niederschönhausen.

<sup>40</sup> BAAP, R-2 1428, Bl.38 und K-1MLEF 7438, Bl.48.

<sup>41</sup> Mitteilung des damaligen Vertreters der SMAD, Petr Ivanovic Nikitin, an den Verfasser vom 16.9.92.

<sup>42</sup> Bis 1933 Leiter der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln, dann Paris, von dort nach Columbien und 1938 in die USA.

profitieren konnten. Die gescheiterten Initiativen der PAW zwischen 1929 und 1945, ihren Einfluß und ihr Forschungspotential zu erweitern, waren ihnen bekannt.<sup>43</sup>

Die Rahmenbedingungen für den Neubeginn der wegen eben jener Randstellung im Wissenschaftsgefüge des NS-Staates ohnehin wenig belasteten PAW konnten, wie ausgeführt, schnell geschaffen werden. Ohne Verzug wurde nun der gewachsene Anspruch der Akademie auf ein Mitwirken bei der Gestaltung der künftigen Forschungslandschaft angemeldet. Schon ab August 1945 bemühte man sich um die Übernahme von KWI und anderen Forschungseinrichtungen, und im Herbst entstanden erste Pläne für Neugründungen.<sup>44</sup> Auch für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die bei der Mittelverteilung für die deutsche Wissenschaft eine zentrale Rolle einnahm, zeigte die Akademie großes Interesse. Hier beschloß man „treuhänderisch einzugreifen“.<sup>45</sup>

Die Forderungen ließen sich durch die Wissenschaftsorganisation in anderen Ländern – Frankreich und Rußland wurden ausdrücklich erwähnt<sup>46</sup> – und vor allem durch historische Ansprüche untermauern. So war die Angliederung der Potsdamer astronomischen und astrophysikalischen Institute bereits 1930 gefordert worden. Aber insbesondere bei dem Wunsch nach Übernahme von KWI, der immer mehr die Übernahme der Rolle der KWG insgesamt einschloß, wird der historische Rückgriff deutlich. Hier konnte man sich auf erst jetzt zugängliche Ausführungen von Adolf von Harnack (Präsident der KWG von 1911 bis 1930) stützen, der 1912 die künftige Verschmelzung von KWG und PAW als Zukunftsaufgabe in Erwägung gezogen, sogar für unabdingbar gehalten hatte. Harnack teilte damals vertraulich Herrmann Diels seine Vorstellungen mit. Dessen Sohn Ludwig, jetzt selbst Sekretar der PAW, machte den Brief zugänglich. Die von Harnack aufgeführten Hinderungsgründe, die KWG „von vornherein und ausschließlich mit der Akademie der Wissenschaften zu verbinden“, nämlich die Trägheit der PAW und die Weigerung der Mitglieder, „Nicht-Gelehrten irgend welchen Einfluß zu gestatten“, galten in

<sup>43</sup> Vgl. Denkschrift der PAW 1929, AAW, II: Ia, Bd.12, Bl.85; Ausführungen des Sekretars Heinrich von Ficker in Sitzungsberichte der PAW 1933, S.XXV und Jahrbuch der PAW 1939, Ansprache des Präsidenten zum Leibniztag, S.119f. Ausführliche Darstellung in C. Grau, W. Schlicker und L. Zeil. Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, Teil II und III, Berlin 1975 und 1979; Conrad Grau. Die Preußische Akademie der Wissenschaften. Heidelberg 1993 sowie Beitrag in: MPG-Spiegel 2/95.

<sup>44</sup> AAW, P 1/0, Bl.14f. und Bl.48f. sowie Bestand Akademieleitung, Nr.660, Bl.43.

<sup>45</sup> AAW, Bestand Akademieleitung, Nr.404, Protokoll der Beratung vom 17. November 1945 und BAAP, R-2 1427, Bl. 2-10.

<sup>46</sup> AAW, Bestand Akademieleitung, Nr.661, Bl.153.

der Not der Nachkriegszeit nicht mehr. Auch die Frage, „ob man die patriotischen Kapitalisten gewinnen würde, wenn das Geld für ein Staats-Institut bewilligt werden sollte“, war durch die Zeit überholt, denn als Geldgeber für die Zukunft sah man ohnehin nur den Staat.<sup>47</sup> Die Akademiemitglieder hofften jetzt, daß der neue „Staat“ die Akademie zur „höchste(n) wissenschaftlichen Einrichtung“ innerhalb der „Nation“ aufsteigen läßt, und hielten die Zeit dafür günstig, weil sie glaubten, „die reichen Hilfsquellen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Notgemeinschaft sind versiegt und werden in absehbarer Zeit nicht mehr fließen können“.<sup>48</sup>

Zunächst blieb jedoch das Interesse der sowjetischen und der deutschen Administration an der PAW äußerst gering. Sie war weder für Demontagezwecke noch zur Lösung dringender Probleme des Wiederaufbaus geeignet. Ähnlich müssen es auch die anderen Vertreter in der Alliierten Kommandantur in Berlin gesehen haben, denn schon im Herbst 1945 wurde ihr Etat auf Null gesetzt, während der der KWI zu dieser Zeit nur eine Reduzierung auf die Hälfte erfuhr. Erst durch ihr spektakuläres Ansinnen vom Ende 1945 an Marschall Georgi K. Shukow, „daß die Akademie bis zur Bildung einer rechtmässigen parlamentarischen zentralen Regierung für ganz Deutschland ... der sowjetischen Militärverwaltung unterstellt wird“<sup>49</sup>, konnte sie an höchster Stelle auf sich aufmerksam machen. Den damals anrühigen Teil ihres Namens legte sie auf sowjetische Empfehlung ab. Die Preußische Akademie der Wissenschaften nannte sich nach dem Plenumsbeschluß von 20. Dezember 1945 „Akademie der

Wissenschaften zu Berlin“.<sup>50</sup> So zu einer Entscheidung gedrängt, empfahl Shukow nun trotz des Ärgers mit den Westalliierten bei der Universitäts-eröffnung, abermals eine wissenschaftliche Einrichtung aus der Zuständigkeit der Stadt der DZVV zu unterstellen.<sup>51</sup> Als in den ersten Monaten des Jahres 1946 zusätzlich der Handlungsbedarf für ein Zusammenfassen teils herrenloser wissenschaftlicher Institutionen anwuchs und gleichzeitig nicht mehr auf die Kontrolle über eine direkte Nachfolgeeinrichtung der KWG gehofft werden konnte, stieg das Interesse an der Akademie weiter. Nun waren, wie Friedrich Möglich befürchtet hatte, die schlafenden Hunde endgültig geweckt. Die weitere Entwicklung verlief so, daß man fast an ein Drehbuch glauben kann. Die KWI und die Akademie der Wissenschaften zu Berlin erhielten nach dem Beschluß der Alliierten Kommandantur vom 15. März 1946 keine Finanzmittel. Die Magistratsverwaltung verlangte die Kündigung aller Mitarbeiter zum 31. Mai 1946 und ließ in ihrem Schreiben keinen Zweifel daran, daß die Kommandantur der Verursacher der Misere war. Daraufhin kündigte die Akademieleitung vorsorglich allen Mitarbeitern und entfachte eine Pressekampagne.<sup>52</sup> Nun erschien die DZVV als Retter, indem am 24. Juni 1946 deren Präsident Paul Wandel verkündete, „dass die Finanzierung der Akademie der Wissenschaften ... in Zukunft aus dem Etat der Universität Berlin vorgenommen wird“.<sup>53</sup> Was sollten die Westalliierten gegen diese Großzügigkeit haben? Folgerichtig blieb jeder Protest gegen die Übernahme durch eine Zentralbehörde diesmal aus.

Im Sommer 1946, pünktlich zum 300. Geburtstag des Akademiegründers Leibniz und sehr öffentlichkeitswirksam, erfolgte die Wiedereröffnung der ehemaligen PAW als nunmehrige „Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, der das Recht zugestanden wurde, Mitglieder aus ganz Deutschland aufzunehmen und eigene Forschungsinstitute zu betrei-

<sup>47</sup> Brief von Adolf von Harnack „Vertraulich und sekret“ am 28.10.1912 an Hermann Diels. Diels Sohn Ludwig wurde am 21.6.1945 neuer Sekretar der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. In der Folgezeit beruft sich die Akademieleitung mehrfach auf Harnacks Ausführungen. Vgl. dazu Ausführungen des Präsidenten J. Stroux in AAW, Bestand Akademieleitung, Nr.660, Bl.47 und in: Ansprache des Präsidenten bei der Eröffnungsfeier der Akademie am 1. August 1946. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946-1956, Berlin 1956, S.21f. Vollständiger Text des Briefes im BAAP: R-2 1388, Bl.5ff. In Auszügen zitiert von H. Frühauf. In: Tätigkeitsberichte der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der DAW zu Berlin, 1957/58, S.26ff.

<sup>48</sup> Festrede anlässlich der Eröffnungsfeier der Akademie am 1. August 1946 von Hans Kienle in: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946-1956. Berlin 1956, S.27

<sup>49</sup> Zur Abstimmung vorgelegter Brief an Marschall Shukow. AAW, Bestand Akademieleitung, Nr.660, Bl.156f. Über den Antrag wurde auf der Plenarsitzung am 20.12.45 nicht entschieden u.a. weil bei einer solch schwerwiegenden Entscheidung die Meinung der nicht in Berlin anwesenden Mitglieder eingeholt werden müsse (9 Stimmen für eine Vertagung, 5 für Abstimmung und eine Enthaltung). AAW, P 1/0, Bl.51f. Trotzdem lag der Brief Shukow vor, wie der SMAD-Mitarbeiter P. I. Nikitin, der den Text nahezu wörtlich kannte, dem Verfasser am 16.9.92 versicherte. Eine Quelle könnte der an der Ausarbeitung des Antrages beteiligte Vertreter der sowjetischen Akademie, Viktor Sergeevic Kulebakin, gewesen sein.

<sup>50</sup> Die Namensänderung wurde durch zehn Befürwortungen bei drei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung entschieden. Vgl. Protokoll vom 20.12.1945. AAW, P 1/0, Bl.50ff.

<sup>51</sup> Bei der Abteilung Volksbildung der SMAD wurde nun der Physiker Petr Ivanovic Nikitin für die PAW zuständig und bereitete deren Wiedereröffnung gemeinsam mit der DZVV vor. Über jene Vorgänge berichtete P. Nikitin dem Verfasser vom 16.9.1992.

<sup>52</sup> AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 535.

<sup>53</sup> Schreiben von P. Wandel an den Akademiepräsidenten J. Stroux vom 24.6.1946. AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 535.

ben.<sup>54</sup> Beides wich von der traditionellen Arbeitsweise wissenschaftlicher Akademien, wie sie sich in Deutschland herausgebildet hatte, ab, obwohl andererseits ebenso richtig ist, daß die Akademie bis 1812 eigene Forschungseinrichtungen besaß und spätestens seit 1910 ihre Intentionen sichtbar werden, diesen Zustand wieder herzustellen. Institutsgründungen und Angliederung, auch solcher der KWG, bestimmten die künftige Entwicklung. Bisher war nichts gegen den Willen der Akademiemitglieder geschehen, nur beim Namen erregte der von der SMAD geforderte Zusatz „Deutsche“ leise Bedenken.

### *Zusammenfassung*

Das wissenschaftliche Geschehen in Berlin im ersten Nachkriegsjahr war einerseits durch erstaunliche Kontinuität und andererseits aber auch durch enorme Veränderungen gekennzeichnet. In allen wissenschaftlichen Institutionen, die in Berlin geblieben waren, ging die Arbeit ohne Unterbrechung weiter. Dies geschah meist unter großer Opferbereitschaft und mit viel Improvisationsgeschick der Mitarbeiter. Es fanden sich Wissenschaftler ganz unterschiedlicher politischer Vergangenheit, die Verantwortung an der Spitze der Institutionen übernahmen. Ihre Legitimation hierfür erhielten sie, bis auf die Ausnahme der Dahlemer KWI, aus ihren Einrichtungen. Weitmehr als die neue Administration, leiteten sie im ersten Nachkriegsjahr die Veränderungen im wissenschaftlichen Geschehen der Region ein. Möglich wurde der Wandel aber nur, weil mindestens zwei Drittel aller ehemaligen hier ansässigen Wissenschaftler den Standort Berlin bereits vor Kriegsende aufgegeben hatten, einige davon bekanntermaßen nicht freiwillig. Auch andere Untersuchungen sehen in dieser Standortaufgabe mit ihren Folgeerscheinungen, insbesondere durch die KWG, eine entscheidende Kraft in der Spaltung der deutschen Wissenschaftsorganisation. Forschungen zum Aufbau der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Westdeutschland ergaben: „Da von den Wissenschaftlern in den

<sup>54</sup> Befehl Nr. 187 des Obersten Chefs der SMA und Oberkommandierenden der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zur Wiedereröffnung der Akademie vom 1. Juli 1946. Der russische Text des Befehls ist veröffentlicht in: Russisch-Deutsche Wissenschaftsbeziehungen zwischen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1700-1974, Moskau 1975, S.149f. Die offizielle deutsche Übersetzung, allerdings mit der irreführenden Übersetzung einer wichtigen Passage. in: Werner Hartkopf und Gert Wangermann (Hrsg.). Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700-1990, Berlin 1991, S.465f. Korrekte Übersetzung in: Conrad Grau. Der Akademiagedanke in Berlin nach 1945 aus wissenschaftshistorischer Sicht. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 40(1992), S.134f.

Westzonen gar nicht der Versuch unternommen wurde, die Notgemeinschaft von Berlin aus wieder wirksam werden zu lassen, liegt der Schluß nahe, daß sie aus politischen Gründen eine gesamtdeutsche Wissenschaftsorganisation aufgaben und ihre überregionalen Ambitionen auf die Westzonen beschränkten.“<sup>55</sup> Diese Haltung beeinflusste einerseits die Veränderungen an den Schalthebeln der Berliner Wissenschaftsorganisation in der Nachkriegszeit entscheidend und sie erleichterte zugleich in der Folgezeit die Einflußnahme der Administration auf wissenschaftsinterne Prozesse.

Die Wissenschaftspolitik der SMAD und der nachgeordneten deutschen Verwaltungen, soweit sie überhaupt feststellbar ist und sich nicht auf Bildungspolitik bzw. Entnazifizierungsfragen beschränkte, versuchte in dieser Zeit zu kanalisieren, vor allem personelle Entscheidungen zu beeinflussen. Dabei konzentrierte man sich auf die Universität. Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen scheinen die politisch Verantwortlichen eher von der dynamischen Entwicklung überrollt worden zu sein, auch wenn im nachhinein bezüglich des neuen Institutionengefüges alles nach einem Jahr so erstaunlich abgeschlossen und gewollt erscheint und später so dargestellt wurde. Wie weit politische Wunschvorstellungen und Machbares auseinanderklaffen konnten, zeigt Robert Havemanns Programm zur Einflußnahme in der KWG. Aber auch seine Vorstellungen sind vorsichtig zu werten, denn letztendlich sind sie an eine Partei gerichtet, die man erst noch von der Nützlichkeit wissenschaftlicher Arbeit überhaupt überzeugen wollte und derer man sich auch bediente, um eigene Karriereziele durchzusetzen.

Die große Eigendynamik der Prozesse ist schon deshalb nicht verwunderlich, weil außeruniversitäre Forschung in jenem Jahr weder an der Akademie noch an den KWI in nennenswertem Maße betrieben werden konnte. Dort schuf man Voraussetzungen für die künftige Arbeit. Forschungsarbeit in größerem Umfang und mit der erforderlichen Ausrüstung wurde im ersten Nachkriegsjahr vor allem in von sowjetischen Dienststellen eingerichteten Forschungslaboratorien bzw. in vorhandenen Instituten und Neugründungen, die sowjetische Aufträge erhalten konnten, geleistet. Neuere Untersuchungen zeigen, daß allein im Oberspreewerk in Berlin-Oberschöneweide, einem Konzentrationspunkt für naturwissenschaftliche und technische Forschung und Entwicklung, mehr als 2000 Spezialisten, davon knapp 300 Naturwissenschaftler und Ingenieure sowie etwa 350

<sup>55</sup> Maria Osietzki. Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945-1952, Köln 1984, S.188.

Techniker und Konstrukteure direkt bei der Besatzungsmacht in Lohn und Brot standen.<sup>56</sup> Das Heinrich-Hertz-Institut für Schwingungsforschung lebte von sowjetischen Aufträgen. Die Reste des ehemaligen KWI für Hirnforschung mit angegliederten Abteilungen in Berlin-Buch standen direkt unter Verwaltung der Besatzungsmacht. Das optische Laboratorium von Ernst Lau wurde in Berlin-Karow im Auftrag der sowjetischen Kriegsmarine eingerichtet, wodurch die beiden Physiker Lau und Rudolf Ritschl einer „Einladung“ nach Rußland entgehen konnten.<sup>57</sup>

Natürlich hatte auch dies Bedeutung für die zukünftige Berliner Forschungslandschaft, denn so konnte vor allem naturwissenschaftlich-technisches Forschungspotential für die Deutsche Akademie der Wissenschaften und, wie im Falle des Heinrich-Hertz-Institutes, für die Stadt insgesamt geschaffen bzw. erhalten werden.

---

<sup>56</sup> Vgl. Johannes Bähr, Das Oberspreewerk - ein sowjetisches Zentrum für Röhren und Hochfrequenztechnik in Berlin (1945-1952), in: Zeitschrift f. Unternehmensgeschichte, Heft 3 1994, S. 145 bis 165. Danach 15 Beschäftigte im Juli 1945, 1112 im Januar 1946 und 2286 im Oktober. 1946.

<sup>57</sup> Vgl. AAW, Bestand Akademieleitung, Nr.15,17,60 sowie Rudolf Ritschl, Erinnerungen eines Spektroskopikers. S.58, unveröff. Manuskript, Nachlaß R. Ritschl, vom Sohn Friedrich Ritschl 1992 zur Verfügung gestellt.